

BESCHLÜSSE DES  
JUSO-LANDESAUSSCHUSSES  
VOM 20.OKTOBER 2013  
IN KÖLN

# Übersicht der Beschlüsse

<b>LA Ini 1</b> Umfassender Politikwechsel bleibt unser klares Ziel	4
<b>B 9</b> Mehr pädagogischer und didaktischer Unterricht für LehramtsstudentInnen	8
<b>E 4</b> Menschenwürdige Flüchtlingspolitik	9
<b>E 5</b> Staatsbürgerschaftsrecht Modernisieren	11
<b>E 6</b> Besserer Opferschutz für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution	12
<b>E 7</b> Ignorieren? Einbinden?- Umgang mit Aussteigerinnen und Aussteigern aus der Rechtenszene	13
<b>K 1</b> Transparenz von kommunalen Unternehmen vorantreiben!	14
<b>K 2</b> Klare Verhältnisse für unsere Kommunen!	15
<b>K 4</b> Unsere Kinder schützen- Azofarbstoffe in Lebensmitteln verbieten	17
<b>K 5</b> Verbot von Nano-Silber in Konsumprodukten	18
<b>N 4</b> Internet als Grundrecht	20
<b>N 5</b> Netzneutralität garantieren	21
<b>W 1</b> Keine Durchsetzung religiöser Verbote mit staatlicher Unterstützung	22
<b>W 2</b> Wir lehnen Fracking zur Öl- und Gasförderung ab!	23
<b>LA 1</b> 2014 ist das Jahr für eine soziale, gerechte und demokratische Wende in Europa!	24

<b>LA 2</b> Inklusion Teil 2 – Von Anfang an dabei sein	30
<b>LA 3</b> Impfschutz steigern, Kinder und Kranke schützen – vorsorgende und verantwortungsvolle Gesundheitspolitik	36
<b>LA 4</b> Regieren durch Annäherung – SPD für Koalitionsoptionen öffnen	40

## LA Ini1

### **Umfassender Politikwechsel bleibt unser klares Ziel**

Trotz eines guten Wahlkampfes der NRW Jusos und einem Großteil der Partei, trotz eines Regierungsprogrammes, das für einen glaubwürdigen Politikwechsel steht, konnten wir nicht genug Menschen von der SPD überzeugen. Wir haben im Vergleich zu 2009 nur marginal hinzugewonnen, der Abstand zur Union hat sich sogar noch vergrößert und daher haben wir die Wahl verloren, obwohl die Menschen die schwarz-gelbe Politik klar abgewählt haben.

Dennoch gibt es im deutschen Bundestag zukünftig wieder eine linke Mehrheit, linke Politik ist durch die WählerInnen gewollt, was auch die große Zustimmung zu Themen wie Mindestlohn und Anhebung des Spitzensteuersatzes zeigt. Doch durch die Ausschleißeritis im Vorfeld der Bundestagswahl hat die SPD es versäumt eine echte Machtopion zu benennen. Auch das hat zu unserem schlechten Wahlergebnis geführt. Daher fordern wir die SPD auf einen Prozess zu initiieren, der für die Zukunft ein Rot-Grün-Rotes Bündnis ermöglicht. Dazu muss sich die SPD zur Partei „Die Linke“ hin öffnen und sich gegenüber anderen Optionen nicht verschließen. Dazu muss aber auch auf allen Seiten verbal abgerüstet werden und dazu muss die Linke begreifen, dass sie nicht in erster Linie die Politik der SPD, sondern die neoliberale und konservative Politik kritisieren muss. Auch ist es notwendig, dass in den Parteien Personal Verantwortung übernimmt, welches glaubwürdig eine Zusammenarbeit darstellen kann. Hier muss auch und vor allem die Linke noch wichtige Schritte gehen. Zudem müssen gemeinsame Inhalte von allen Seiten betont und Unterschiede überwunden werden, gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik ist hier noch viel zu tun.

Unser System braucht für die volle Funktionsfähigkeit zudem eine schlagkräftige und handlungsfähige Opposition. Zudem impliziert das Ergebnis für die Union den Wunsch nach einer so genannten „kleinen Koalition“. Daher sind wir weiterhin der Meinung, dass die SPD für die Funktionsfähigkeit der Opposition und des parlamentarischen Systems insgesamt die Oppositionsführung ernsthaft in Betracht ziehen muss und die Grünen sich weiterhin damit konfrontieren müssen, dass sie ein naheliegender Koalitionspartner für die Union sind. Unabhängig davon wie sich die Koalitionsverhandlungen in den nächsten Wochen und Monaten entwickeln bestehen wir darauf, dass die Handlungsfähigkeit und die Möglichkeiten der Opposition vollständig gewährleistet werden, es muss eine starke Opposition mit all ihren Kontrollfunktionen geben.

Nach den Sondierungsgesprächen zwischen SPD und Union soll es nun Koalitionsgespräche geben.

Die bisherigen Gespräche konnten uns nicht davon überzeugen, dass eine große Koalition Sinn macht, daher stehen wir dieser weiterhin ablehnend gegenüber. Wir werden daher die weiteren Koalitionsgespräche kritisch begleiten und sehr genau darauf achten, ob ein grundsätzlicher Politikwechsel im Sinne unseres Regierungsprogrammes möglich ist. Denn dafür haben wir gekämpft, dafür wurden wir gewählt und eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in diesem Land unterstützt unsere Inhalte. Wir glauben aber nicht, dass der Politikwechsel mit der Union möglich sein wird, aber genau davon machen wir unsere Positionierung zum Koalitionsvertrag abhängig. Wir fordern, dass jedes Mitglied der SPD verbindlich eine Stimme zum Koalitionsvertrag abgeben darf. Keine Versammlungen mit Stimmungsbildern oder ähnliches, jedes Mitglied muss eine Stimme bekommen und wir werden unseren Mitgliedern die Ablehnung des Koalitionsvertrages empfehlen, wenn aus dem Koalitionsvertrag der von uns geforderte Politikwechsel nicht deutlich wird. Folgende Kernpunkte aus unserem Regierungsprogramm sind aus unserer Sicht für die anstehenden Koalitionsverhandlungen prioritär, davon muss möglichst viel umgesetzt werden. Die Ergebnisse der Verhandlung werden wir mit unseren Forderungen ins Verhältnis setzen und uns dann entscheiden, ob wir einen etwaigen Koalitionsvertrag ablehnen. Für uns sind folgende Punkte besonders wichtig:

1. Es gibt einen sehr großen Investitionsbedarf in Bildung, Kommunen und Infrastruktur. Alleine Bund und Länder müssten 20 Milliarden zusätzlich in Bildung investieren, der Investitionsstau insgesamt beträgt sogar um die 300 Milliarden Euro. Außerdem müssen wir unsere sozialen Sicherungssysteme weiterentwickeln. Dafür brauchen wir auch zusätzliche Steuergelder. Wir haben daher im Regierungsprogramm einen höheren Spitzensteuersatz, eine Vermögenssteuer, die Finanztransaktionssteuer und die Reform der Erbschaftssteuer gefordert und halten daran fest. Einerseits zur Finanzierung der oben genannten Aufgaben, aber es geht dabei auch um Gerechtigkeit. Über die Steuern können wir die massiv auseinandergehende Schere zwischen Arm und Reich in diesem Land wieder ein Stück weiter schließen, was für den Zusammenhalt der Gesellschaft von großer Bedeutung ist.

2. Wir stehen weiterhin für gebührenfreie, beste Bildung für alle. Wir möchten dadurch jedem Menschen den gewünschten Bildungsweg ermöglichen und die Chancen durch Aufstieg durch Bildung erhöhen. Daher müssen die U3-Betreuungsplätze und KiTa-Plätze massiv ausgebaut werden und das unsinnige Betreuungsgeld abgeschafft werden. Die freiwerdenden Mittel müssen in den KiTa-Ausbau gesteckt werden. Zudem wollen wir eine Ausbildungsgarantie sowie eine Mindestausbildungsvergütung einführen, das BAföG ausbauen und mehr jungen Menschen ein gutes, kostenfreies Studium ermöglichen. Außerdem muss das Kooperationsverbot zwischen Bund

und Ländern fallen, damit auch der Bund sich an den finanziellen Aufgaben beteiligt.

3. Wir bestehen auf unserem Konzept der guten Arbeit. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8.50 Euro, die Regulierung von Leih- und Zeitarbeit und die Durchsetzung vom Prinzip gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit sind dabei für uns zentral. Außerdem setzen wir uns für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, die Eindämmung des Missbrauches von Werkverträgen und die Einführung eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes für Personen, die darauf angewiesen sind, ein.

4. Auch die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme ist sehr bedeutend. Fortschritte im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sind sinnvoll und haben auch Einfluss auf die Renten. Dennoch muss es Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, bei der Bekämpfung von Altersarmut und bei den flexiblen Übergängen von der Arbeit zur Rente geben. Wir fordern ein stabiles Rentenniveau, die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren und die Aussetzung der Rente mit 67, bis mindestens die Hälfte aller 60 bis 65jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Zudem wollen wir den Einstieg in die Bürgerversicherung erreichen. Dazu benötigen wir einen einheitlichen Wettbewerbsrahmen für alle Krankenkassen und eine einheitliche Honorarordnung, sowie die Beteiligung der Arbeitgeber an etwaigen Beitragserhöhungen. Auch eine umfassende Pflegereform ist unumgänglich. Sie muss unter anderem die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes, die Aufwertung pflegerischer Berufe und solidarische Finanzierung über die Bürgerversicherung beinhalten.

5. Die drastischen Mietsteigerungen müssen endlich gestoppt werden. Daher brauchen wir eine Mietpreisbremse und Maklerkosten müssen durch den Auftraggebenden bezahlt werden. Außerdem muss durch die öffentliche Hand investiert werden, um genügend familien- und altengerechte Wohnungen und genug sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen zu können. Außerdem muss es energetische und behindertengerechte Sanierungen geben, ohne die MieterInnen zu stark zu belasten. Auch die Reform des EEG ist dringend notwendig, um den Ausbau von regenerativen Energien langfristig zu sichern und gleichzeitig konsequent die Energiekosten zu begrenzen um so die VerbraucherInnen ( und auch energieintensive Industrie zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit) zu entlasten.

6. Wir stehen für die echte Gleichstellung der Geschlechter. Daher muss es ein Entgeltgleichheitsgesetz geben und eine verbindliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände. Zudem muss das Ehegattensplitting abgeschafft werden und auch das Familiensplitting kann kein adäquater Ersatz sein, da es unter anderem Menschen mit hohem Einkommen begünstigt.

7. Wir wollen Familien eine echte Wahlfreiheit ermöglichen. Daher muss das Betreuungsgeld

abgeschafft und das Elterngeld geschlechtergerecht weiterentwickelt werden. Außerdem wollen wir die Familienzeit einführen. Wir wollen die Ehe für homosexuelle Paare öffnen und auch eine vollständige Gleichstellung beim Adoptionsrecht erreichen.

8. Wir wollen die doppelte Staatsbürgerschaft einführen und das kommunale Wahlrecht für alle Menschen, die seit mindestens fünf Jahren bei uns leben. Wir stehen für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik. Dazu gehört ein solidarischer Ausgleich in der Flüchtlingspolitik der EU, die Abschaffung der Residenzpflicht, die Abschaffung von so genannten Flughafenverfahren und die Einführung einer Arbeitserlaubnis. Aber auch die Bekämpfung von Fluchtursachen, unter anderem durch die Einhaltung des 0,7 Prozentzieles bei der Entwicklungszusammenarbeit.

9. Wir brauchen ein starkes Europa. Vor allem ein massiver Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa und Wachstumsprogramme für „Krisenstaaten“ sind dabei zentral. Die europäische Finanztransaktionssteuer und ein europäischer Schuldentilgungsfonds sind aus fiskalischer Sicht ebenfalls wichtig.

10. Zudem setzen wir uns für die friedliche Konfliktregelung und die Beschränkung von Waffenexporten ein. Wir fordern die Kontrolle von Waffenexporten durch ein Bundestagsgremium und das Verbot von Waffenexporten in Krisenregionen und menschenrechtsverletzende Länder.

## **B 9**

### **Mehr pädagogischer und didaktischer Unterricht für LehramtsstudentInnen**

Ab dem ersten Semester der Lehramtsstudiengänge werden mehr pädagogische und didaktische Inhalte vermittelt und praxisbezogener gearbeitet. Dazu gehört, dass durch Sachverständige ein entsprechendes Konzept erarbeitet wird, welches als Grundlage für einen einzubringenden Gesetzesentwurf dient.

## E4

### **Menschenwürdige Flüchtlingspolitik**

**Wir setzen uns für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik ein und verurteilen die Abschiebepaxis in der Bundesrepublik Deutschland.**

Denn es kommt derzeit vor, dass Menschen mitten in der Nacht in Zusammenarbeit von Ordnungsamt und Polizei aus Ihren Wohnungen „geholt“ werden. Teilweise erinnern die Szenen die sich dort abspielen an die Ergreifung eines Schwerverbrechers. Oft werden aber meist nur friedliebende Menschen abgeholt, zum Flughafen gebracht und aus unserem Land angeschoben. Abschiebung ist menschenunwürdig. Entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention ist dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder im deutschen Flüchtlingsrecht endlich auch wie Kinder behandelt werden. Denn Kinder und Familien bedürfen einen größeren Schutz. Zusätzlich setzen wir uns für ein Abschiebeverbot von Schüler\*innen und Auszubildenden ein. Auch heute noch können junge Menschen, die volljährig sind, vor Beendigung ihrer Schulausbildung oder Ausbildung abgeschoben. Dies führt oftmals dazu, dass sie in ihrem Herkunftsland dann ohne jeglichen Schulabschluss ohne fertige Berufsausbildung auf sich allein gestellt sind. Dadurch wird ihnen jede Perspektive genommen, was die ohnehin schon gravierenden negativen Folgen einer Abschiebung nochmals verstärkt. Die SPD setzt sich wie keine andere Partei zu Bildungsgerechtigkeit und Perspektiven für junge Menschen ein. Wir fordern daher eine Gewährleistung dieses Rechtes für Flüchtlinge. Wir setzen uns dabei immer und auf allen Ebenen für ein generelles Abschiebeverbot ein.

Vielmehr sollte durch den Bund Möglichkeiten geschaffen werden, um den hier in Deutschland lebenden Flüchtlingen eine dauerhafte Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen. Deshalb müssen Kursplätze mit ausreichender Kapazität geschaffen werden, um Asylbewerber/innen und Geduldeten künftig auch die Teilnahme an Integrationskursen sowie die Inanspruchnahme von weiteren Bildungsangeboten zu ermöglichen. Das Asylbewerber\_innenleistungsgesetz gehört abgeschafft! Außerdem muss der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden. Weiter fordern wir einen Stop der menschenunwürdigen Praxis der Kettenduldung.

Die NRW Jusos unterstützen die Forderung der SPD die Residenzpflicht abzuschaffen. Ebenso das Asylbewerber / innen nicht länger als sechs Wochen in Asylbewerberheimen unterzubringen findet bei uns großen Anklang, denn Integration funktioniert nicht, wenn Menschen nicht Teil unserer Gesellschaft werden. Daher sollen Asylbewerber nach sechs Wochen raus aus den Asylbewerberheimen und in Wohnungen untergebracht werden. Denn nach unserer Auffassung darf es keine Menschenwürde 1. oder 2. Klasse geben. Integration funktioniert aus unserer Sicht nur in der Gesellschaft.

Dennoch müssen die für die Unterbringung entstehenden Kosten gemeinschaftlich durch den Bund und die Länder getragen werden. Denn Solidarität und eine sozial angemessene Ausstattung, darf nicht nur von der Kommune getragen werden und von den unterschiedlichen finanziellen Situationen der Kommunen abhängig sein. Hier sind nach unserer Auffassung alle Akteure gefragt. Derzeit werden die Kosten für Asylheime von der Kommune alleine getragen. Hier muss in Zukunft die Europäische Union ebenso wie der Bund aber auch die Länder stärker in Pflicht genommen werden. Auf EU-Ebene wollen wir uns für einen neuen Umgang mit Geflüchteten stark machen. Insbesondere die Dublin-II-Verordnung gehört abgeschafft und durch ein solidarisches Aufnahmesystem für Geflüchtete, dass starke Staaten in der EU auch stark in die Verantwortung nimmt, ersetzt. Denn gerade für finanzschwache Kommunen stellen die besonders in den kalten Monaten auftretenden „Flüchtlingsströme“ aus Ländern wie zum Beispiel Bulgarien oder Rumänien einen erheblichen nur schwer zu Kalkulierenden Aufwand dar.

Fluchtursachen – Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsländern – müssen konsequent bekämpft werden, um den Menschen in ihren Heimatländern neue und bessere Perspektiven zu eröffnen. Menschen, die dennoch fliehen müssen, wollen wir in Deutschland und der Europäischen Union Schutz gewähren. Schutz benötigen insbesondere auch Mädchen und Frauen, die Opfer von Menschenhandel und Gewalt geworden sind.

Des Weiteren–fordern wir den Gesetzgeber auf, den sogenannten „Altfällen“, das sind Menschen die z.T. vor mehr als 8 Jahren in die Bundesrepublik gekommen sind, schnellst möglich\_eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen.

**E5**

**Staatsbürgerschaftsrecht modernisieren**

**Für die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft in  
Deutschland**

Die NRW Jusos setzen sich für eine konsequente Umsetzung und einheitliche Regelung der doppelten Staatsbürgerschaft in Deutschland ein.

## E6

### **Besserer Opferschutz für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution**

Betroffene von Menschenhandel sollen unabhängig von ihrem ZeugInnenstatus aus humanitären Gründen aufgrund der erlittenen Menschenrechtsverletzungen Aufenthaltsrecht in Deutschland erhalten.

Die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht wegen Gefährdung im Herkunftsland müssen gesenkt werden, sodass Opfer von Menschenhandel einen Rechtsanspruch darauf erhalten.

OpferzeugInnen ist während ihres Aufenthalts eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, außerdem sind ihnen ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten.

Für die Finanzierung des Lebensunterhalts Betroffener bedarf es bundeseinheitlicher Regelungen, die Leistungen analog SGB II / XII und die Finanzierung von Sprachkursen und Therapieplätzen beinhalten.

Beratungsstellen und Unterbringungsmöglichkeiten für Opfer von Menschenhandel müssen weiterhin ausreichend staatlich finanziert werden, außerdem bedarf es eines besseren Schutzes für MitarbeiterInnen von Beratungsstellen, vor allem sollten sie ein Zeugnisverweigerungsrecht erhalten.

Um die Kontrollmöglichkeiten und die Arbeitsbedingungen von Prostituierten zu verbessern, sollen Bordelle die Erlaubnispflicht in die Gewerbeordnung erhalten.

**E7**

## **Ignorieren? Einbinden? – Umgang mit Aussteigerinnen und Aussteigern aus der Rechtenszene**

Der Juso Landesausschuss möge beschließen, dass der Landesvorstand der NRW Jusos sich intensiv mit der Problematik der Aussteigerinnen und Aussteigern aus der rechten Szene beschäftigen muss. Darunter ist zu fassen, dass die NRW Jusos eine Haltung gegenüber diesem Problem benötigen und im Zweifelsfall auch eine Haltung zum Umgang mit diesen Menschen hat, wenn eben diese Aussteigerinnen und Aussteiger sich in unsere Gliederungen integrieren wollen.

## K1

### **Transparenz von kommunalen Unternehmen vorantreiben!**

Das Thema Transparenz ist für viele Bürger\*innen immens wichtig geworden und findet mehr und mehr Einzug in den politischen Alltag, wie nicht nur die Debatte um die Offenlegung der Nebenverdienste von Bundestagsabgeordneten unter Beweis stellt. Auch die kommunale Ebene kann sich dem nicht verschließen. In NRW macht dieser Prozess gute Fortschritte. Durch das Informationsfreiheitsgesetz erhalten die Bürger\*innen die Möglichkeit (teilweise verbunden mit Gebühren) an Informationen von Behörden zu gelangen, solange diese Informationen bereits vorliegen und keine persönliche Daten, laufende Verfahren oder die öffentliche Sicherheit betroffen sind. Dieser aus Europa angestoßene Prozess hin zu mehr Transparenz muss weiter gefördert und ausgebaut werden.

Die NRW Jusos fordern, dass Informationen bezüglich der Konsequenzen von kommunalen Unternehmensentscheidungen sowohl den gewählten Volksvertreter\*innen als auch den Bürger\*innen transparenter und kostenfrei zugänglich gemacht werden, damit diese auch in den entsprechenden Gremien, aufgrund einer fundierten Informationslage, Entscheidungen treffen können. Außerdem setzen sich die Jusos in NRW dafür ein, dass Kommunen Geheimklauseln in Gesellschafterverträge nur in absolut notwendigen Fällen zulassen.

Die Entscheidungen sollen über die Besetzung von Führungspositionen der kommunalen Unternehmen auf einen geeigneten Ausschuss im Rat der betreffenden Kommune übertragen werden. Um den gewählten Volksvertreter\*innen zusätzlich mehr Einflussnahme bei Unternehmen in kommunaler Hand einzuräumen, sollen diese Unternehmen rechenschaftspflichtig gegenüber dem Ausschuss sein.

## K2

### **Klare Verhältnisse für unsere Kommunen!**

Im § 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind die Arten der Aufgaben für die Kommunen geregelt. Hier werden speziell zwei Arten von Aufgaben unterschieden: Pflichtaufgaben und Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung. Pflichtaufgaben sind die Schulverwaltung, die Sozial- und die Jugendhilfe. Bei den Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung handelt es sich bspw. um das Melderecht und das Ordnungsrecht.

Am Beispiel des Kinderförderungsgesetzes, welches im Dezember 2008 vom Bundestag beschlossen wurde und u. a. den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gesetzlich festschreibt, lässt sich verdeutlichen, dass die Finanzierung der Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung i. d. R. zu Lasten der Kommunen geht. Die Kommunen haben nun die Pflicht ausreichende Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Von den geschätzten 12 Milliarden Euro die für den Ausbau benötigt werden, trägt der Bund jedoch nur 4 Milliarden Euro.

Die Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung führen zu zusätzlichen Ausgaben, die viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen nur schwer stemmen können. Viele Kommunen fahren die Finanzierung für ihre freiwilligen Leistungen stark zurück. Gerade im kulturellen Bereich wird dies spürbar. Viele Bibliotheken oder Theater vor Ort werden geschlossen, weil die Kommune diese Leistung nicht mehr bezahlen können. Damit geht ein großes Stück Lebensqualität verloren.

Bei den Pflichtaufgaben und den freiwilligen Aufgaben ist die Finanzierung ziemlich eindeutig. Bei den Pflichtaufgaben gilt das Konnexitätsprinzip und die freiwilligen Aufgaben zahlen die Kommunen eigenständig. Um die Kommunen also in Zukunft vor unvorhersehbaren Kosten zu schützen, darf nur noch zwischen den Pflichtaufgaben und den freiwilligen Aufgaben unterschieden werden.

Zudem fordern wir eine systematische Anwendung des Konnexitätsprinzips. Nach Art. 104a (1) GG tragen Bund und Land jeweils die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben. Das Konnexitätsprinzip wird allerdings nicht im Sinne der Regel "Wer bestellt, der bezahlt", sondern als Verwaltungskausalität verstanden. Somit muss die Ebene, die für die Ausgaben verantwortlich ist, diese nicht zwingend bezahlen. Die NRW Jusos fordern daher die Einrichtung einer unabhängigen Kommission, die vom Bund eingesetzt wird und in regelmäßigen Abständen das Konnexitätsprinzip auf die systematische Anwendung bei allen überschuldeten Kommunen überprüft. Nur so wird den Kommunen eine faire Überprüfung ihrer

Verwaltungsausgaben gewährleistet und die Chance gegeben gegen die Gebietskörperschaften Bund und Land rechtliche Ansprüche zu stellen.

**K4**

## **Unsere Kinder schützen- Azofarbstoffe in Lebensmitteln verbieten**

Die NRW-JUSOS fordern ein Verbot von Azofarbstoffen in Lebensmitteln.

## K5

### **Verbot von Nano-Silber in Konsumprodukten**

Wir Jusos fordern ein Verbot von Nano-Silber in allen Konsumprodukten.

Silber besitzt eine stark antimikrobielle Wirkung und spielt daher in der Medizin eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Krankheitserregern. Inzwischen werden jedoch ohne Notwendigkeit auch zahlreiche Alltagsprodukte wie etwa Zahnbürsten, Textilien, Frischhalteboxen, Deodorants und Reinigungstücher mit den winzigen Silberteilchen ausgerüstet. Hiervon können Risiken für Mensch und Umwelt ausgehen. Auch könnte die medizinische Verwendbarkeit durch den Masseneinsatz von Nano-Silber in Alltagsprodukten gefährdet werden.

Bekannt ist, dass Silber hoch giftig für Wasserorganismen ist. Risiken für die menschliche Gesundheit sind nicht ausreichend geklärt und können nicht ausgeschlossen werden, zumal Nanopartikel in der Lage sind, natürliche Schutzbarrieren (Zellwände; Blut-Hirn-Schranke) zu passieren.

Ebenfalls ist davon auszugehen, dass Krankheitserreger bei einer anhaltenden, breiten Anwendung Resistenzen gegenüber Nano-Silber entwickeln könnten. Dann wäre dieser Stoff für wichtige medizinische Anwendungen nicht mehr einsetzbar. Auch aus Gründen des Ressourcenschutzes sollte auf den überflüssigen Einsatz des Edelmetalls in Alltagsprodukten verzichtet werden.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat erst kürzlich dazu geraten, aufgrund der unbekanntenen Risiken für die Gesundheit auf Produkte mit Nano-Silber zu verzichten. Auch das Umweltbundesamt (UBA) mahnte bereits 2009 an, den Eintrag von Nano-Silber in die Umwelt zu minimieren.

Bisher gibt es jedoch keine spezifischen Regelungen, die die breite Verwendung von Nano-Silber in Alltagsprodukten einschränken. Auch eine Kennzeichnungspflicht besteht bisher nicht. Lediglich in

Kosmetika muss der Gebrauch von Nanopartikeln ab 2013 gekennzeichnet werden.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> BUND; „Nano-Silber in Alltagsprodukten“

## N4

### INTERNET ALS GRUNDRECHT UMSETZEN

Die NRW Jusos sprechen sich dafür aus, dass der Zugang zum Internet als ein Grundrecht aller in Deutschland lebenden Bürgerinnen und Bürger in die Verfassung aufgenommen wird. Information, Meinungsbildung und Meinungsäußerung, politische, soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe sind im 21. Jahrhundert ohne Internet nicht mehr vorstellbar, daher muss die Zugangsmöglichkeit für jede/n garantiert werden. Dies beinhaltet, dass der Netzausbau sowie die Instandhaltung und Erweiterung bestehender Netze durch die Netzbetreiber durch strengere Vorgaben der Bundesnetzagentur reglementiert werden, mit dem Ziel, dass mittelfristig eine jederzeit zeitgemäße Netzinfrastruktur etabliert wird. Dabei ist es selbstverständlich, dass die Informationsfreiheit nach Artikel 5 des GG (hier ist eine Ergänzung sinnvoll und erstrebenswert) und die Netzneutralität gewahrt werden. Des Weiteren umfasst die Forderung nach Ermöglichung des Internetzugriffs für jede/n selbstverständlich auch explizit sozio-ökonomisch benachteiligte Menschen, bei denen die Gefahr von gesellschaftlicher Isolation ohnehin verstärkt gegeben ist. Das bedeutet für uns, dass bei der Berechnung von Transferleistungen und auch beim Pfändungsschutz das Grundrecht auf Netzzugang gewahrt werden muss. Entsprechend ist die Berechnung von Transferleistungen um die Kosten für den Zugang zum Internet zu ergänzen. Dazu gehört auch die Anrechnung der Kosten für ein Gerät zur Nutzung des Netzes.

## **N5**

### **NETZNEUTRALITÄT GARANTIEREN**

Netzneutralität ist eines der Grundsätze und der Grundfunktionsprinzipien des Internets. Die Neutralität und Gleichbehandlung aller Daten – ohne Priorisierung oder Diskriminierung einzelner Datenpakete, Inhalte, Absender oder Empfänger – ist wichtig und muss daher garantiert werden. Wir fordern die SPD-Frakturen aller zuständigen Gremien auf, darauf hinzuwirken, dass Netzneutralität in vollem Umfang gesetzlich verankert wird. Dies umfasst eindeutig die Forderung, der Ungleichbehandlung von Datenströmen (gleichgültig ob im mobilen oder im Kabelnetz) durch Internetprovider in Form von strikte Regelungen Einhaltung zu gebieten.

## **W1**

### **Keine Durchsetzung religiöser Verbote mit staatlicher Unterstützung**

Die Landeskonzferenz fordert, dass die NRW SPD in ihrem Programm und Parlamentsarbeit den Grundsatz aufnimmt, dass religiöse Feiertage und die mit ihnen jeweils verbundenen Verbote nicht mehr von staatlicher Seite unterstützt und durchgesetzt werden. Ausdrücklich bekennen wir uns zu den aus religiösen Gepflogenheiten erwachsenen, heute primär die Rechte der ArbeitnehmerInnen schützenden Bestimmungen des Verbots sonn- und feiertäglicher Erwerbsarbeit. Diese sehen wir jedoch ihrer Herkunft aus der religiösen Tradition Europas zum Trotz nicht als Bestimmungen zur Umsetzung religiöser Vorgaben, sondern in erster Linie als Beitrag zum Schutz der ArbeitnehmerInnen vor übermäßiger Belastung durch ihr Arbeitsverhältnis.

Insofern wenden wir uns besonders gegen staatliche Maßnahmen, die keinen anderen Zweck erfüllen als den, religiöse Vorstellungen in Gesetze zu gießen, worunter wir insbesondere die gesetzlichen Tanzverbote an sogenannten Stillen Feiertagen fassen. Daher fordern wir, im Gesetz über die Sonn- und Feiertage des Landes NRW, die §§ 5 – 7 restlos zu streichen, und entsprechend die §§ 10 und 12 anzupassen und die Nummern 3 – 5 des Absatzes 1 des § 11 zu streichen.

**W2**

**Wir lehnen Fracking zur Öl- und Gasförderung ab!**

## LA 1

### **2014 ist das Jahr für eine soziale, gerechte und demokratische Wende in Europa!**

Europa steht Ende 2013 vor seinen größten Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Es ist bezeichnend, dass sich viele EuropäerInnen erst angesichts der größten wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Krise bewusst werden, wie eng Europa mittlerweile miteinander verwoben ist, dass die wirtschaftliche, soziale und finanzielle Entwicklung des eigenen Landes in einer Wirtschafts- und Währungsunion auch vom politischen Handeln der übrigen Staaten abhängt. Die Defizite der EU wurden während der Krise deutlich. So hat die EU kaum Regulierungsbefugnisse sondern ist stark von nationalstaatlichen Entscheidungen abhängig. Entscheidungen und mögliche Lösungen wurden oft nur in Hinterzimmern von einigen Wenigen ausgearbeitet, die sich demokratischen Prozessen entzogen haben. Die Krisenbewältigung ist bislang gescheitert und die Idee eines gemeinsamen, sozialen, friedlichen und nachhaltigen Europas ist in Gefahr! 2014 wird daher ein besonders wichtiges Jahr für die EU werden, da das einzig demokratisch legitimierte Organ, das Europaparlament, von seinen BürgerInnen neu gewählt wird. Wir Jusos stehen für ein anderes, für ein sozialeres, gerechteres und demokratischeres Europa und werden mit einem engagierten Wahlkampf für eine starke Sozialdemokratie in Europa kämpfen.

#### **Die Sparpolitik ist gescheitert! Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat versagt!**

Auf die Herausforderungen in Folge der andauernden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise antwortet Europa unter der politischen Führung Deutschlands bisher einzig und allein mit einer strengen Sparpolitik (Austeritätspolitik) der öffentlichen Haushalte. Ohne konjunkturelle, sozial- und arbeitsmarktpolitische Konsequenzen und vor allem die Ursache (!), nämlich der entfesselte Finanzkapitalismus, hinreichend zu beachten, zwingt die EU hochverschuldete Länder wie Spanien oder Griechenland zu drakonischen Sparmaßnahmen. Die SpekulantInnen der Finanzmärkte, also die VerursacherInnen der Krise, werden an den Kosten der Krisenbewältigung nicht beteiligt. Bislang wurden nur die Steuerzahlenden zur Kasse gebeten. Es mündet sogar darin, dass Deutschland Europa mit dem Fiskalpakt eine Schuldenbremse aufbürdet, unter denen die Ländern - Deutschland eingeschlossen - noch mehr zu leiden haben. Die Entwicklung in Griechenland und anderen Staaten zeigt jedoch, dass ruinöse Sparprogramme nicht zu wirtschaftlicher Erholung und zu einer gerechten Verteilung von Wohlstand führen. Eine ganze Generation von EuropäerInnen steht angesichts der ausufernden Jugendarbeitslosigkeit vor dem Nichts. Die Politik bleibt eine

wirkliche Antwort darauf schuldig. Während in den betroffenen Ländern Millionen Menschen ihre Existenzangst in wütenden Protesten auf die Straße tragen und radikale politische Kräfte gestärkt werden, führt ein Teil der politischen und medialen Öffentlichkeit - insbesondere in Deutschland - die Debatte, als ginge es lediglich darum, wie tief den hiesigen SteuerzahlerInnen in die Tasche gegriffen werde. Zu dieser Art der Auseinandersetzung trug auch das Agieren der schwarz-gelben Bundesregierung bei. Ihr politisches Versagen lässt 2013 auch in Deutschland die EuropagegnerInnen erstarken. Der Erfolg der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl zeigt deutlich, wie verunsichert viele Menschen in unserem Land sind. Antieuropäische Argumentationen sind in der deutschen Öffentlichkeit auf dem Weg wieder salonfähig zu werden. Dem muss entgegengesteuert werden.

Vielen BürgerInnen erscheint die Distanz zwischen ihnen und der EU größer denn je. Auch deshalb, weil die Entscheidungen auf EU-Ebene nicht oder nicht hinreichend demokratisch legitimiert sind. Auch bei den großen Außen- und Sicherheitspolitischen Herausforderungen findet die EU nur selten eine gemeinsame Sprache und wenn doch, dann meist - wie im Falle Syriens - erst nachdem einzelne Mitgliedsstaaten sich bereits auf Ebene der internationalen Staatengemeinschaft positioniert haben.

Im Mai 2014 wählen die BürgerInnen Europas ein neues Parlament. Gemeinsam mit der SPD, der SPE und YES muss es uns Jusos gelingen, die Notwendigkeit einer sozialen und demokratischen Wende in der Europäischen Union zu vermitteln. Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft. Eine sichere Zukunft und Perspektiven für die Jugend und nachfolgende Generationen erreichen wir nur durch mehr Europa. Nur wenn wir zusammen nationale Egoismen hinten anstellen, die soziale Schiefelage in den Griff bekommen und Solidarität leben, wird die Europäische Idee wieder ihre Faszination entfalten.

### **Wir brauchen mehr soziales Europa**

In der bisherigen Integrationsgeschichte der Europäische Union (EU), beginnend mit dem Ende des zweiten Weltkrieges, wurde - fern des Pathos eines grenzenlosen Kontinents - vor allem auf wirtschaftliche Freiheit gesetzt. So ehrlich die großen Europäer, ob Konservative oder Sozialdemokraten, ob Brandt, de Gaulle, Schmidt, Giscard d'Estaing oder Mitterrand es mit der irreversiblen politischen und wirtschaftlichen Integration meinten, so waren die zentralen integrationspolitischen Schritte stets von marktwirtschaftlichen Prinzipien geprägt. Dreh- und Angelpunkt der Europadebatte war stets der gemeinsame Binnenmarkt und der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und von Kapital. Zwar gilt der gemeinsame Markt seit 1992

formal als vollendet, doch gerade in der Krise zeigt sich, dass entscheidende Elemente für eine langfristig stabile Entwicklung innerhalb der EU fehlen. Wiederholt ist in den letzten fünfundzwanzig Jahren auf die Notwendigkeit einer politischen Union hingewiesen worden, doch passiert ist nichts. Formal koordiniert die Europäische Kommission zwar die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer, real dominieren jedoch bis heute nationalstaatliche Akteure. Der Zeitgeist des Neoliberalismus hat die Politik der EU in den letzten 20 Jahren dominiert und die politische Integration ist weit hinter der Integration des Wirtschafts- und Währungsraums Europa zurückgeblieben. Dies führte notgedrungen zu einer ökonomischen und sozialen Spaltung Europas, insbesondere angesichts dauerhafter und immenser Handelsbilanzüberschüsse wirtschaftlich starker Länder, wie Deutschlands.

Während in anderen Wirtschafts- und Währungsräumen, etwa in den Vereinigten Staaten und insbesondere in der Bundesrepublik zu D-Mark Zeiten, regionale Disparitäten durch die Migration von Arbeitnehmenden sowie einen wirksamen Fiskalausgleich über die öffentlichen Haushalte und die Sozialsysteme abgefedert werden konnten und können, fehlt ein solcher Fiskalausgleich in der EU. Auch der Arbeitsmarkt ist trotz der gebotenen Freizügigkeit nicht vollständig integriert. Besonders für Nicht-AkademikerInnen ist es schwierig im EU-Ausland beruflich Fuß zu fassen. So stellt sich bis heute die deutsche Bundesregierung gegen die Anerkennung von nicht-deutschen Abschlüssen und verhindert somit die Integration von vielen Arbeitnehmenden in den deutschen Arbeitsmarkt.

Ohne die Schaffung einer Sozialen Union neben der Wirtschafts- und Währungsunion werden die gesellschaftliche Kräfte weiter auseinanderdriften und die Spaltung Europas wird weiter voranschreiten.

### **Demokratie in Europa**

Eine zunehmende Kompetenzverschiebung von der nationalen auf die europäische Ebene - insbesondere in Fragen der Budgethoheit - muss von einer entsprechenden demokratischen Legitimierung der EU-Institutionen flankiert werden. Die Menschen in Deutschland und den anderen EU-Staaten müssen ihre Rolle als Souverän wahrnehmen können. Die Jusos sprechen sich für eine klare Gewaltenteilung auf europäischer Ebene aus. Dazu zählt vor allem die Trennung von legislativen und exekutiven Aufgaben. Die Europäische Kommission muss künftig die Rolle einer Regierung übernehmen. Das Europäische Parlament muss die Kommission folglich wählen, kontrollieren und absetzen können. Wir wollen das Europäische Parlament in seiner Rolle als gesetzgebende Instanz innerhalb der EU und die demokratische Legitimierung der Kommission

stärken und so die EU als Institution transparenter und zugänglicher für den BürgerInnenwillen machen. Zudem muss die Aufteilung der Kompetenzen transparenter dargestellt werden. Damit wird die juristische Aushöhlung der Einzelfallentscheidungen gebremst, die nationalen Egoismen deutlicher und eine politische Entscheidung für die Weiterentwicklung der Europäischen Union notwendig.

### **Eine Stimme in der Welt - für Frieden und Menschenrechte**

Europa muss künftig als internationaler Akteur eine Schlüsselrolle im Kampf gegen Armut und Gewalt in der internationalen Gemeinschaft übernehmen. Die Einflussmöglichkeiten der nationalen Ebene nehmen stetig ab. Zu Recht ist die EU daher bestrebt außenpolitisch mit einer Stimme zu sprechen. Doch gehen die Vorstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb der EU stark auseinander, insbesondere in der Frage militärischer Intervention. Es bedarf daher eines Dialogs über die künftige Rolle der EU bei internationalen Krisen. Nur wenn die EU gemeinsam und geschlossen für Frieden und Menschenrechte eintritt und dabei wirtschaftliche Interessen hinten anstehen, wird eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik realisierbar sein. Für uns Jusos ist klar: EU-Mitgliedsländer sollen sich lediglich in absoluten Ausnahmefällen an militärischen Interventionen beteiligen. Grundlage dafür muss ein UN-Mandat sein. Um eine effektivere Reaktion auf Menschenrechtsverstöße und Krisen in der Welt zu erreichen, muss sich die EU für eine Reform des UN-Sicherheitsrates einsetzen, dessen Architektur nicht mehr zeitgemäß ist. Langfristig streben wir an, dass nicht mehr die einzelnen Mitgliedsstaaten sondern die EU als solche einen Platz im UN Sicherheitsrat erhält.

Will die EU international erfolgreich für Frieden und Menschenrechte eintreten, muss sie sich selbst an diesen Ansprüchen messen. Die größten Defizite sehen wir Jusos derzeit vor allem im Umgang mit Flüchtlingen und Zuwanderungswilligen. Die EU darf nicht tatenlos zusehen, wie Tausende Menschen bei dem Versuch über das Mittelmeer einzureisen ihr Leben verlieren. Alle Mitgliedsstaaten müssen gemeinsam Verantwortung für das Schicksal derer übernehmen, die es, von Armut und Perspektivlosigkeit getrieben, nach Europa zieht. Eine konzentrierte Internierung und die schnellstmögliche Abschiebung sind menschenunwürdig und dürfen nicht Politik der EU und ihrer Mitgliedsländer sein. Gemeinsam mit den Regierungen der Herkunftsländer müssen Wege gefunden werden, migrationswilligen EU-Ausländern und Flüchtlingen die legale Einwanderung nach Europa zu ermöglichen.

## **Unsere 10 Forderungen für ein sozialeres, demokratischeres und gerechteres Europa - die Europawahl kann kommen! Wir sind bereit:**

**1. Weg mit der Sparpolitik - her mit den nachhaltigen Investitionen:** Die EU-Staaten müssen aus dem Würgegriff der Austerität befreit werden und Spielräume für Investitionen in Infrastruktur und Bildung sowie für Konjunkturprogramme erhalten.

**2. Wir brauchen ein starkes politisches Europa:** Wir fordern eine Fiskalunion in der EU, die nicht von nationalstaatlichen Entscheidungen abhängig ist, sondern gemeinschaftlich Entscheidungen treffen kann.

**3. Mehr Demokratie wagen:** Wir fordern ein demokratisches Europa, welches über ein starkes europäisches Parlament verfügt. Es muss ausgestattet sein mit mehr Gesetzgebungs-, Wahl- und Kontrollkompetenzen.

**4. Die Jugend ist unsere Gegenwart und unsere Zukunft:** Die EU muss den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit aufnehmen. Dazu zählt insbesondere ein Konjunktur- und Investitionsprogramm für wirtschaftlich schwächere Länder, die in die Lage versetzt werden müssen, ein Beschäftigungsprogramm aufzulegen. Zudem fordern wir eine Ausbildungsgarantie für alle junge Menschen in Europa.

**5. Bändigt die Finanzmärkte:** Wir fordern die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Statt einer fortwährenden Tolerierung der Spekulationsgewinne fordern wir die Stärkung der Realwirtschaft als Rückgrat unseres Wohlstandes. Die Erlöse aus der Finanztransaktionssteuer sollen direkt in den Europäischen Haushalt einfließen, um gezielt europäische Investitionen in Wirtschaft, Beschäftigung und Qualifizierung zu fördern.

**6. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit:** Die in Kapitel IV der Charta der Grundrechte der EU festgelegten Rechte (Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung, Recht auf angemessene Arbeitsbedingungen, Erhalt sozialer Unterstützung, Zugang zur Gesundheitsversorgung) müssen für alle BürgerInnen innerhalb der EU uneingeschränkt durchgesetzt werden. Gesetzliche Lücken, durch die etwa atypische Beschäftigung und Lohndumping möglich sind, müssen geschlossen werden. Dabei muss innerhalb der EU der Grundsatz *gleicher Lohn für gleiche Arbeit* - gelten. Außerdem müssen alle Menschen diskriminierungsfrei eine Existenzsicherung erhalten. Dazu gehören auch existenzsichernde Mindestlöhne. Dabei bleiben wir bei unserer Forderung, dass ein europäischer Mindestlohn kurzfristig 50 % des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns und mittelfristig 60 % des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns nicht unterschreiten.

**7. Bildung bleibt Bildung:** Um die Migration von Arbeitskräften innerhalb der EU zu erleichtern, müssen neben Schulabschlüssen auch berufsqualifizierende Abschlüsse vergleichbar gemacht werden. Der Europäische Qualifizierungsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR) führt in die richtige Richtung. Um aber eine langfristig wirksame Vergleichbarkeit zu schaffen muss die Umsetzung innerhalb der nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) einheitlicher geregelt werden. Hierzu zählt die verbindliche Berücksichtigung non-formal und informell-erworbener Kompetenzen und die Einstufung allgemeinbildender Schulabschlüsse. In diesem Zusammenhang bedarf der Bologna-Prozess einer kritischen Prüfung. Inwieweit die Vergleichbarkeit von Hochschulabschlüssen in der EU verbessert wurde und wo hochschulpolitischer Handlungsbedarf besteht muss diskutiert werden.

**8. Mehr Mitbestimmung wagen:** Die gemeinsamen Mitbestimmungsrechte für ArbeitnehmerInnen in Europa müssen gestärkt werden. Nur starke und unabhängige Gewerkschaften und Betriebsräte verhindern, dass multinationale Konzerne die ArbeitnehmerInnen innerhalb der EU gegeneinander ausspielen. Wir brauchen starke europäische betriebliche Interessenvertretungen und setzen uns für die Stärkung des sozialen Dialogs auf EU Ebene ein.

**9. Gleiches Recht für alle!** Europa braucht ein gemeinsames Sozialrecht, um in allen Teilen der EU ein menschenwürdiges Leben garantieren zu können.

**10. Kein Mensch ist illegal:** wir brauchen eine Reform der menschenunwürdigen Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU. Die Abschottungspolitik der EU muss ein Ende haben und auch Frontex muss endlich abgeschafft werden. Asylsuchende müssen endlich wieder wie Menschen behandelt werden und ihnen muss ein Recht auf ein faires Verfahren in ganz Europa auf Asyl in Aussicht gestellt werden.

## **LA 2**

### **INKLUSION TEIL 2 – Von Anfang an dabei sein**

Inklusion heißt Menschen willkommen zu heißen. Niemand wird ausgeschlossen, alle gehören dazu: zu unserer Gesellschaft, unserer Kommune, zu jeder kleinen oder großen Gruppe oder Gemeinschaft. Alle sind von Anfang an dabei und können etwas beitragen. Unsere Gesellschaft wird reicher durch die Vielfalt aller Menschen, die in ihr leben.

Dieser Antrag ist eine Weiterführung des auf der Landeskonzferenz 2013 beschlossenen Antrags „Inklusion Teil 1 – UN-Behindertenrechts-Konvention umsetzen“. Zunächst lag der Fokus auf Menschen mit Behinderung und deren Teilhabe an unserer Gesellschaft. Doch in unserem Verständnis von Inklusion gehen wir über die Menschen mit Handicaps hinaus – wir wollen volle und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft für alle, unabhängig von Alter, sexueller Orientierung, Handicap, Hautfarbe, Herkunft, Religion, sozialem Hintergrund und Geschlechtsidentität. Mit dem zweiten Teil des Antrages wollen wir jetzt unsere Beschlusslage erweitern.

Im Sinne der generationsgerechten Daseinsvorsorge sollten wir uns aber auch die Frage stellen, was wir unter Inklusion älterer Menschen verstehen. In diesem Antrag stellen wir dar, weshalb es eine UN-Menschenrechtskonvention auch für ältere Menschen geben muss. Die Altersdiskriminierung durch jüngere Menschen kann das Älterwerden erschweren, aber auch ältere Menschen haben Altersstereotype und beziehen diese nicht nur auf andere, sondern auch auf sich selbst.

Kurz gefasst ist Inklusion Gleichstellung, gemeinsames Lernen, gute Arbeit und Demokratie. Inklusion ist für uns NRW Jusos die volle gleichberechtigte Teilhabe auch von älteren Menschen an unserer Gesellschaft.

#### **INKLUSION BEDEUTET RECHT AUF BILDUNG UND EIN LEBENSLANGES LERNEN**

Bereits in der frühkindlichen Bildung muss begonnen werden den Kindern aufzuzeigen, dass sie alle gleichwertig und gleichberechtigt sind. Allerdings darf es auch nicht bedeuten, dass die Inklusion von Kindern mit Behinderung ausschließlich die Aufgabe der Gesamt-, Sekundar- oder Gemeinschaftsschulen und der dort lernenden Kinder sein soll. Es darf nicht dazu führen, dass die selbst von sozialer Exklusion bedrohten Kinder die behinderten Kinder integrieren. Die

therapeutische Unterstützung und intensive Betreuung, die ihnen derzeit zusteht, darf nicht weggenommen und neu verteilt werden. Wiederum sollte es für ExpertInnen wie Großeltern, ehemaligen SchülerInnen und SeniorInnen die Möglichkeiten geben sich in Bildungsangeboten und Betreuung mit einzubringen.

Bereits während der Schulzeit soll es für die SchülerInnen Bildungsangebote geben zu alternativen Kommunikationsarten wie Lippenlesen oder Gebärdensprachen oder auch technische Kommunikationsmethoden.

Forschungsarbeiten zu Regenbogenfamilien zeigen deutlich, dass gerade im Kontext Schule Handlungsbedarf besteht. Zum einen ist eine Erweiterung der Aus- und Fortbildungsinhalte unerlässlich, um allen Kindern und Jugendlichen die große Bandbreite von möglichen Familienkonstellationen wertfrei nahezubringen. Gleichzeitig gibt die Auseinandersetzung mit LGBT-Lebensformen allen SchülerInnen die Möglichkeit, sich mit erweiterten Spiel- und Handlungsräumen in Bezug auf Gender auseinanderzusetzen und so selbst möglicherweise zu mehr Freiheit zu kommen. Diese emanzipatorischen Aspekte können bereits in der Kita nutzbar gemacht werden. Denn für einen kreativen Umgang mit „Vielfalt“ ist es nie zu früh.

Wir wollen allen ein lebenslanges Lernen ermöglichen doch gerade ältere Menschen werden von dem Zugang zu Bildung und Forschung ausgeschlossen, da es keine Stipendien oder andere Fördersysteme für sie gibt. Wir brauchen ermutigende Angebote für Jugendliche, Erwachsene und SeniorInnen, um Bildungsabschlüsse nachzuholen. Informationen und Auskunftstellen zu Bildungsangeboten müssen für alle zugänglich sein. Für SchülerInnen, Studierende und junge ArbeitnehmerInnen müssen die kommunalen Koordinierungsstellen im „Neuen Übergangssystem Schule - Beruf in NRW“ so umgestaltet werden, dass überall in NRW gleiche Standards für die Beratung und Begleitung von Bildungs- und Berufswegen junger Menschen greifen. Hierzu zählt auch die Schaffung einheitlicher Curricula für die Berufsorientierung und Berufsvorbereitung in Schulen. Für Erwachsene und Senioren müssen die Kommunen künftig ebenfalls Beratungsangebote schaffen, um ihnen eine Orientierung über lebenslang mögliche Bildungs- und Qualifikationswege zu bieten. Diese Aufgabe darf nicht ausschließlich der Öffentlichkeitsarbeit privatwirtschaftlicher Bildungsträger überlassen werden.

## **INKLUSION BRAUCHT BARRIEREFREIHEIT!**

Inklusion soll das Bewusstsein und die Kompetenz vermitteln die vielfältigen Formen, Quellen und Strukturen von Diskriminierung zu erkennen und diesen aktiv entgegenzuwirken. Inklusives

Denken und Handeln sollte für uns eine Selbstverständlichkeit werden, denn es bedeutet jeden mit Respekt zu behandeln. Ebenso stärkt eine gute Kommunikation das Engagement von allen.

Barrierefreiheit bedeutet nicht nur eine leistungsfähige Infrastruktur, die jedem Menschen ermöglicht, am öffentlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen, sondern auch eine institutionelle Barrierefreiheit. Der Ausschluss von Nicht-EU-Bürgern von der Teilnahme an kommunalen Wahlen und Abstimmungen stellt z.B. ein nicht zu rechtfertigendes demokratisches Defizit dar. Hier ist es unabdingbar sich für ein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen einzusetzen. Außerdem müssen MigrantInnen, die seit langem in der Bundesrepublik leben, auch die Möglichkeit geschaffen werden an Landes- und Bundestagswahlen teilzunehmen. Die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft zur Verschaffung eines Willkommensgefühls muss vorhanden sein.

Aber auch im deutschen Recht sowie in anderen Regelwerken finden sich zahlreiche Altersgrenzen. Vor allem im Berufsrecht und im Recht des öffentlichen Dienstes, im Sozialrecht (hier vor allem im Rentenversicherungsrecht), im Recht des Ehrenamtes und im Recht der kommunalpolitischen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen. Hierzu zählen beispielsweise die Begrenzung des Bafög für Studierende bis 30 Jahre (beim Master bis 35 Jahre), die Altersbegrenzung von Schöffen auf 69 Jahre sowie der „Studententarif“ bei Schwimmbädern, Museen und Ähnliche. Zudem gibt es Altersgrenzen in Satzungen von Vereinen und Verbänden, in Geschäftsbedingungen (z.B. von Finanzinstituten), in Tarifverträgen und in Arbeitsverträgen. Den meisten Altersgrenzen liegt die pauschalisierende Annahme zu Grunde, dass die Leistungsfähigkeit von Menschen mit zunehmendem Alter abnimmt. Altersgrenzen basieren häufig auf gesellschaftlichen Altersbildern- und umgekehrt können Altersgrenzen gesellschaftliche Altersbilder prägen. Hier wird es höchste Zeit, überkommene Altersbilder über Bord zu werfen und sie durch neue zu ersetzen.

Es ist genauso wenig hinnehmbar, dass etwa der Name, der Geburtsort, die Religion oder das Aussehen schon reichen um anders behandelt zu werden, etwa bei der Wohnungssuche oder Polizeikontrollen. Zwar gibt es in Deutschland mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz eine nationale Umsetzung entsprechenden EU-Rechts, doch ist es für von Benachteiligung betroffene Menschen schwer, ihrem Recht auf Grundlage dieses Gesetzes Geltung zu verschaffen. Wir NRW Jusos fordern daher eine niedrighschwellige, flächendeckende Beratungsinfrastruktur. Bisher gibt es in NRW erst in 8 Städten sogenannte Antidiskriminierungsbüros, in denen betroffene Unterstützung erhalten. Auch die gesetzlichen Fristen, innerhalb derer Betroffene etwaige Ansprüche auf Schadensersatz geltend machen können, müssen angehoben werden. Derzeit liegen diese bei zwei Monaten. Schließlich muss im Sinne betroffener Gruppen ein Verbandsklagerecht im

AGG integriert werden. Wenn bestimmte Gruppen hinsichtlich ähnlicher Diskriminierungsmerkmale benachteiligt werden, muss die Möglichkeit bestehen, dass Vereine und Verbände in ihrem Namen auf Grundlage des AGG gegen Rechtsverstöße vorgehen. Ebenso fordern wir die Entbürokratisierung, sowie den Ausbau der Kapazitäten entsprechender Behörden, um jedem Menschen eine schnelle und aufgeschlossene Prüfung eines Asylantrags zu garantieren.

## **GUTE ARBEIT GEHÖRT ZU EINEM SELBSTBESTIMMTEN LEBEN**

Bei den Älteren gibt es einen gespaltenen Arbeitsmarkt. Wer als Älterer oder Ältere eine unbefristete Stelle hat, läuft durch den Kündigungsschutz weniger Gefahr, entlassen zu werden als sein jüngerer Kollege. Doch verliert man jenseits der 55 erst einmal seinen Job, ist ein Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt kaum möglich. Somit wächst die Bedeutung des Kündigungsschutzes. Wir brauchen einen Gesinnungswandel, der die Erfahrungen älterer Arbeitskräfte als Kompetenz anerkennt und nicht eine vermeintliche geringe Leistungsfähigkeit an die erste Stelle setzt. Gerade die besondere Sicherung älterer Beschäftigter ist ein Hebel dafür, dass sich ArbeitgeberInnen damit beschäftigen müssen, wie man Arbeit lebensphasengerecht gestaltet, um ältere Fachkräfte zu halten. In vielen Tarifverträgen gibt es gerade für ältere Beschäftigte einen Kündigungsschutz und Verdienstsicherung. Demnach darf älteren Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie des Landes ab dem vollendeten 53. Lebensjahr nicht mehr gekündigt werden. Ihr Entgelt darf ab dem 54. Lebensjahr nicht gemindert werden. Können Beschäftigte aus dieser Altersgruppe den bisherigen regelmäßigen Monatsverdienst nicht mehr erzielen, da sie zum Beispiel aus Alters- oder Gesundheitsgründen aus dem Schichtbetrieb gehen müssen, muss ihnen der Arbeitgeber einen Ausgleichsbetrag zahlen. Diese Regelung darf nicht aufgeweicht werden.

Für die NRW Jusos bedeutet Inklusion auch eine konsequente Gleichstellungspolitik, so dass sich Männer und Frauen auf Augenhöhe befinden. Noch immer verdienen Frauen in den gleichen Positionen bis 21% weniger als die Männer, sind Frauen heute noch zu oft die "Hinzuverdienerinnen" in Teilzeit und mit Minijob in den Familien. Hier gilt es insbesondere die Hürden für berufstätige Frauen mit Kindern zu verkleinern, eine lückenlose Kinderbetreuung sicherzustellen damit auch mit Kindern normaler sozialversicherungspflichtiger Arbeit nachgegangen werden und somit für sich selbst und die Familie, ob mit Partner oder alleine gesorgt werden kann. Aber auch die Angebote für mobiles Arbeiten müssen weiter ausgebaut werden. Es muss im Interesse der Unternehmen liegen, im Werben um Fachkräfte verstärkt

Heimarbeitplätze für berufstätige Mütter und Väter anzubieten. Die Wirtschaft trägt auch in diesem Bereich eine gesellschaftliche Mitverantwortung. Wo immer es die charakteristischen Anforderungen des Berufs zulassen, müssen ArbeitnehmerInnen einen Anspruch darauf haben, zumindest einen Teil ihrer Wochenarbeitszeit vom heimischen Arbeitsplatz abzuleisten.

Die Führungsetagen werden noch immer durch Männer dominiert. Doch es darf dort keine unsichtbaren Aufstiegsbarrieren geben. Niemand darf auf Grund des Geschlechts, Hautfarbe und Religion auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Deswegen fordern wir die Einführung einer Frauenquote von 40 % und das Migrantinnen und Migranten in ihren Karrierebemühungen unterstützt werden, in dem unter anderem ausländische Abschlüsse anerkannt werden.

### **INKLUSION FINDET AUCH IM ALLTAG STATT**

Höheres Alter bedeutet nicht automatisch Hilfsbedürftigkeit. Ältere Menschen werden gebraucht und sie benötigen auch das Gefühl gebraucht zu werden. Sie in Pflege- oder Altenheimen zu isolieren, macht keinen Sinn. Daher fordern wir NRW Jusos die Schaffung eines „dritten Sozialraums“ durch einen Baustopp für Pflegeheime und die Umwandlung aller Heime in betreute Wohnungen oder ambulante Versorgung. Damit eingeschlossen sollen auch Generationshäuser oder Alten-WGs sein. Ebenso müssen wir Strukturen schaffen, um die Wünsche der HelferInnen und Hilfesuchenden zusammen zu bringen. Wir brauchen Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Engagementzentren, um das vielschichtige Engagement zu verbinden und hier auch Möglichkeiten des Austauschs und des gegenseitigen Lernens von einander zu ermöglichen. So schaffen wir ein gelebtes Miteinander der Generationen. Freiwillig und institutionell unterstützt können ältere Menschen ihr Wissen und ihre Fähigkeiten weitergeben und nutzen, um der Gesellschaft und jüngeren Menschen zu helfen. Umgekehrt können junge Menschen mit ihrem Tatendrang ältere Menschen in ihrem Lebenswandel unterstützen. So wird ein Verständnis der Generationen füreinander befördert und geprägt, welches durch den Wandel von Familienstrukturen und den großen Problemen für viele Menschen oft in den Hintergrund gerät.

Nach wie vor ist die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen ein Thema in allen Lebensbereichen. Trotz vieler gesetzlicher Verbesserungen und einer stetig steigenden Intoleranz gegenüber Diskriminierung von Frauen, sind wir noch immer keine gleichberechtigte Gesellschaft.

Ein zentrales Thema bleibt dabei auch der Schutz von Frauen vor Gewalt in der Familie. Wir sprechen uns für den Erhalt und den Ausbau von Frauenhäusern, Frauennotrufen und anderen

Institutionen aus, die der Gewalt gegen Frauen entgegenwirken. Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, brauchen einen Ort, der ihnen eine sichere Zuflucht in der Not bietet und dann eine Möglichkeit aus einer solchen Situation in die Zukunft ohne Gewalt zu gehen.

Inklusion muss aus unserer Sicht an vielen Stellen stattfinden und ist nicht von heute auf morgen durchsetzbar. Es benötigt Einsatz von allen Seiten und eine stetige Reflexion dessen, was Barriere sein kann und der Überlegung was getan werden kann, um diese abzubauen.

## LA 3

# Impfschutz steigern, Kinder und Kranke schützen - vorsorgende und verantwortungsvolle Gesundheitspolitik

Der vorsorgende Politikansatz durchzieht als roter Faden all unsere Politikfelder. Vorsorgende Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Kommunen und vieles mehr, anstelle einer teureren Nachsorge. Das ist unser politischer Ansatz und dafür erhalten Jusos und SPD große Zustimmung in der Bevölkerung. Der Satz „Kein Kind zurücklassen“ steht in NRW exemplarisch dafür. Wir werden diesen Politikansatz in allen Bereichen fortsetzen und wollen speziell dafür sorgen, dass die Schwächeren in der Gesellschaft davon profitieren.

In der Gesundheitspolitik ist das nicht anders: Prävention statt Reaktion und Nachsorge sind wichtig, um Menschenleben zu retten, Krankheiten einzudämmen und letztlich auch Kosten zu sparen. Diese Strategie hilft speziell den Menschen, für die eine kostspielige Behandlung durch sie selbst oder ihre Kassen nicht bezahlbar ist. Denn die Folgen einer teuren und nachsorgenden Medizin sind gerade für diese Menschen dramatisch, was gesellschaftlich zu massiv ungleichen Chancen, ausgehend vom Einkommen führt. Vor kurzem erst hat eine Studie des renommierten Max-Planck-Institutes herausgefunden, dass die Lebenserwartung ärmerer Menschen in der Bundesrepublik im Schnitt fünf Jahre kürzer ist, als die anderer Gruppen. Bei einer ähnlichen Studie Mitte der 90er Jahre, war der Unterschied mit ungefähr drei Jahren noch deutlich geringer. Die Schere zwischen Arm und Reich geht also auch hier weiter auseinander, was wir für einen absolut unhaltbaren Zustand halten. Prävention im Gesundheitsbereich ist also auch eine wichtige Gerechtigkeitsfrage und ebenso wichtig wie eine umfassende Krankenversorgung und wie die Positionierung in anderen Bereichen, wie Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Alle diese Themen sind Kernbereiche sozialdemokratischer Politik.

Prävention darf sich aber nicht nur durch den Bereich der Vorsorgeuntersuchungen ziehen, sondern bedeutet speziell auch einen guten und umfassenden Schutz der Bevölkerung vor vermeidbaren Krankheiten, beispielsweise als umfassender Impfschutz für die Bevölkerung. Durch verschiedene Impfprogramme konnten gefährliche Krankheiten bereits deutlich eingedämmt oder sogar ausgerottet werden. Doch nach wie vor gibt es Krankheiten, welche die Bevölkerung stark gefährden, wenn es nicht einen umfassenden Impfschutz gibt. Dazu zählen beispielsweise Polio und vor allem Masern, aber auch scheinbar „harmlosere“ Beispiele, wie die jährlich grassierende

Influenza. Wenn der Impfschutz in der Bevölkerung abnimmt drohen gefährliche Pandemien. Bei allen Krankheiten sind dann zuerst besonders sehr junge, alte, kranke oder auch sozial benachteiligte Menschen betroffen.

Die Abdeckung von Impfungen in der Bevölkerung lässt deutlich nach. Das liegt daran, dass es einige ausgemachte ImpfgegnerInnen gibt, die sich beispielsweise über das Internet organisieren. Gerade in (West-) Deutschland gibt es ein hohes Potential an moderaten bis radikalen ImpfgegnerInnen. Sie sind in der Regel hoch gebildet, eigentlich gutmeinend, oft wohlhabend und weitestgehend im bürgerlichen Milieu verortet. Leider geht aber auch eine antiwissenschaftliche und faktennegierende Haltung damit einher. Mit wissenschaftlich unhaltbaren Schreckensgeschichten versuchen sie zu begründen, warum sie sich selbst und ihre Kinder nicht impfen lassen und anderen von Impfungen abraten. Dabei ist klar, dass es zwar bei Impfungen – wie bei jedem Medikament – zu Nebenwirkungen kommen kann, doch sind diese klar erfasst und treten statistisch betrachtet sehr selten auf. Der Nutzen von Impfungen, sowohl persönlich, wie auch gesellschaftlich überragt die Gefahr durch Nebenwirkungen sehr deutlich.

Es ist also problematisch, wenn in bestimmten Situationen eine nachgewiesene wirksame und notwendige Therapie oder Vorsorge (wie Impfung) nicht erfolgt – zum objektivierbaren Schaden der einzelnen betroffenen PatientInnen. Fahrlässig, gefährlich und unsozial wird es aber vor allem dann, wenn durch Nichtimpfen von (beispielsweise) Kindern die Ausbreitung von Krankheitserregern nicht gestoppt werden kann und andere Kinder (bis hin zum Tode) gefährdet werden, die beispielsweise noch nicht, oder wegen anderen Krankheiten nicht geimpft werden können. Diesem gefährdenden und unsozialen Verhalten muss entgegengewirkt werden, damit Pandemien verhindert werden. Zudem müssen Menschen, denen ein eigener Impfschutz nicht möglich ist, weil sie beispielsweise zu jung sind für eine Impfung, oder aufgrund von Immundefekten besonders anfällig für Krankheiten sind, beziehungsweise eine nachgewiesene Unverträglichkeit haben, trotzdem geschützt werden. Zudem gibt es Gruppen, die bedingt durch ihr Alter oder eine Erkrankung ebenfalls dadurch in Gefahr geraten, dass sich gesunde Menschen nicht impfen lassen. So müssen dann die schwächeren oder anfälligeren in der Gesellschaft die Folgen derjenigen tragen, die aus scheinbarem und fälschlichem Eigeninteresse auf einen Impfschutz verzichtet haben.

Andere Länder sind in punkto Impfschutz dabei deutlich weiter voran gekommen; so gab es beispielsweise 2006 die Situation, dass südamerikanische Länder eine Reisewarnung für Deutschland herausgaben, weil es hier rund 1200 Fälle von Masernerkrankungen im westlichen Ruhrgebiet gab. Der Grund für diesen Ausbruch ist vor allem darin zu suchen, dass die

Impfabdeckung in der Bevölkerung nicht mehr flächendeckend genug ist, um einen Ausbruch und eine Verbreitung zu verhindern. Die Gefahr für ähnliche oder auch noch deutlich dramatischere Ausbrüche von Masern oder anderen Erkrankungen steigt stetig und die Folge könnten viele tote Menschen sein. Zudem ist Deutschland durch den nicht flächendeckenden Impfschutz ein großer Teil des Problems, wenn es um die globale Eradikation von Infektionskrankheiten geht. Bei der Bekämpfung von Masern sind beispielsweise nicht die südamerikanischen oder afrikanischen Staaten das Problem, welche die Eradikation der Krankheit verhindern, sondern maßgeblich Deutschland, die französische Schweiz und Frankreich.

Um den Impfschutz und weitere präventive Maßnahmen, sowie die Früherkennung und Bekämpfung von Pandemien und Seuchen zu verbessern muss sich perspektivisch auch mit der föderalen Zuständigkeit in diesen Bereichen, sowie der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene befasst werden. Denn die unterschiedlichen Regelungen in unterschiedlichen Bundesländern und europäischen Staaten sorgen dafür, dass man im Zweifelsfall einem Krankheitsausbruch immer einen Schritt hinterher ist, denn schließlich machen Krankheitserreger nicht vor Grenzen halt. Doch diesen „großen Wurf“ kann dieser Antrag nicht leisten, damit soll sich in weiteren Papieren beschäftigt werden.

Wir benötigen im Bereich des Impfschutzes neue Regelungen, mit jedem Tag steigt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Krankheit dadurch ausgelöst wird, dass sie sich durch fehlenden Impfschutz in der Bevölkerung besser verbreiten kann. Deshalb setzen wir uns für einen umfassenden Schutz der Menschen ein. Aber wie können wir diesen erreichen? Eine umfassende Impfpflicht in breiten Teilen der Bevölkerung wird immer wieder diskutiert, diese macht aber nur in bestimmten Bereichen Sinn und ist uns zu drastisch.

Aber die Impfaufklärung muss deutlich ausgebaut werden. Durch Ärzte, in KiTas und Grundschulen muss umfassend für nötige und sinnvolle Impfungen geworben werden, damit junge Eltern, MitarbeiterInnen bestimmter Branchen und letztlich die gesamte Gesellschaft von den Vorteilen notwendiger Impfungen überzeugt werden.

Zudem gab es früher an vielen Orten so genannte „Impfmobile“, die an verschiedenen neuralgischen Punkten Impfungen und Impfaufklärung angeboten haben. Diese Mobile wurden und werden aber zunehmen abgeschafft, was falsch ist und mittelfristig auch kein Geld spart, sondern zusätzliche Kosten aufwirft. Daher plädieren wir für die Fortführung und Verbeiterung des Angebotes der Impfmobile.

Außerdem muss es breit angelegte Impfkampagnen und Impfwerbung geben, um die Prävention in der Bundesrepublik zu verbessern. Ähnlich wie dies beispielsweise durch das Robert-Koch-

Institut im Zusammenhang mit dem Waschen und Desinfizieren der Hände, um die Verbreitung von Krankheiten einzudämmen, passiert ist, brauchen wir auch beim Thema Impfungen breit angelegte Aufklärungskampagnen. Hierfür wären auch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), sowie das Robert-Koch-Institut sinnvolle Träger.

Bestimmten Erregern (derzeit beispielsweise Masern) muss darüber hinaus offensiv entgegengewirkt werden. Dies wird dadurch erreicht, dass bestimmte Arbeits- und Risikogruppen breit geimpft werden, damit andere schutz- und pflegebedürftige Menschen (Kinder, Alte, Kranke) nicht gefährdet werden. Die Impfungen müssen beispielsweise bei Kindergartenkindern, Schulkindern, ErzieherInnen, ÄrztInnen, Kranken- und Pflegepersonal vorgenommen werden. Der wirkende Impfschutz soll dabei Voraussetzung sein die entsprechenden, für Krankheitsausbrüche besonders markanten Einrichtungen (KiTas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, etc.) dauerhaft besuchen zu können.

Leider genießt der Impfschutz in (Teilen) der Landesregierung derzeit keinen hohen Stellenwert. Dies muss sich ändern. Daher fordern wir die Landesregierung und die Gesundheitsministerin des Landes NRW, Barbara Steffens auf, die oben genannten Maßnahmen umzusetzen und sich dafür einzusetzen, dass es bundesweit ein besseres präventives Gesundheitswesen, eine bessere Früherkennung und umfassende Maßnahmen für einen besseren Impfschutz gibt.

## LA 4

# Regieren durch Annäherung - SPD für Koalitionsoptionen öffnen

In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Parteienlandschaft in Deutschland massiv verändert. Dies belegt insbesondere das Ergebnis der vergangenen Bundestagswahl. Während die SPD am linken politischen Rand des demokratischen Parteienspektrums mit der Linkspartei eine Mitbewerberin in Ost und West hat, die mit ihr insbesondere auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit und der Arbeitsmarktpolitik unmittelbar konkurriert, muss die FDP auf absehbare Zeit regelmäßig um den Einzug in Landesparlamente und Bundestag kämpfen. Mit der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) droht derweil eine Protestpartei die fünf Prozhürde zu überwinden. Mit Blick auf die SPD ist zudem erkennbar, dass es den Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren zwar regelmäßig gelang, in den Bundesländern in Regierungsverantwortung zu kommen, auf Bundesebene erscheint es hingegen auf absehbare Zeit unrealistisch, gemeinsam mit den Grünen eine Regierungsmehrheit zu erlangen. Die NRW Jusos wollen sich damit nicht zufrieden geben. Die Sozialdemokratie ist seit 150 Jahren mit progressiven Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft stets auf der Höhe der Zeit. Wir Jusos haben insbesondere in den vergangenen 10 Jahren bewiesen, dass wir innerhalb einer starken sozialdemokratischen Partei inhaltlicher Motor und Korrektiv für soziale und nachhaltige Politik sind. Gemeinsam mit der SPD ist es uns gelungen, in einem starken Regierungsprogramm 2013 glaubwürdig und nachvollziehbar darzustellen, wie der sozialen Schieflage unserer Gesellschaft begegnet werden kann.

Deutschland ist bereit für links!

Die SPD ist nicht demoskopischen Umfragen verpflichtet, sondern ihren WählerInnen. Sie erwarten von der SPD, dass sie ihre inhaltlichen Positionen zum Wohle des Landes in Regierungshandeln umsetzt. Deshalb ist es richtig, dass die SPD bei Koalitionserwägungen nach der Wahl 2013 darauf hinweist, dass die Möglichkeiten zur inhaltlichen Zusammenarbeit und nicht eine undefinierte Staatsräson Grundlage einer möglichen Koalition mit der Union sein muss. Nachdem vor der Wahl 2013 sehr deutlich ein Rot-Rot-Grünes Bündnis ausgeschlossen wurde, kann dieses Bündnis keine Option für die SPD sein.

Jeder Zeit ihre Antworten

Dennoch bleibt festzuhalten, was das Wählervotum der SPD deutlich vor Augen führt. Eine Abgrenzung zur Linkspartei, die sich in einem Ausschluss von Zusammenarbeit ausdrückt, ist nicht zeitgemäß. Die NRW Jusos halten viele Forderungen der Linkspartei, insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik, für völlig fehlgeleitet und unrealistisch. Dennoch bestehen inhaltliche Schnittmengen, um auf deren Grundlage künftig eine Regierungszusammenarbeit auch auf Bundesebene zu sondieren. Sicher muss es in der Linkspartei eine kritische Auseinandersetzung mit einzelnen Persönlichkeiten und Parteikreisen geben. Einen substanziellen Zweifel an ihrer Verfassungstreue zu konstruieren - wie es die Union versucht - scheint jedoch absurd.

Wandel durch Annäherung!

Die SPD wird sich auf Dauer einer Mehrheit links von der Union - ob in den Landesparlamenten oder im Bundestag - nicht verschließen können. Eine SPD, die Volkspartei sein und bleiben will, muss erkennbar und glaubwürdig darstellen können, wie sie eine Regierung unter ihrer Führung erreichen möchte. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, den innerparteilichen und öffentlichen Dialog über mögliche Regierungskonstellationen für die Bundestagswahl 2017 zu beginnen. Für uns muss klar sein, dass bei der nächsten Bundestagswahl keine Koalitionsoptionen einseitig ausgeschlossen werden dürfen. SPD und Jusos müssen die Gelegenheit der kommenden vier Jahre nutzen, um gemeinsam mit den Linken, ohne beiderseitige Berührungsängste, die aus der schwierigen gemeinsamen Geschichte resultieren, über Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu sprechen. Dabei sehen die NRW Jusos es als Notwendigkeit an, dass die Linke durch Kursänderungen in der Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik eine verlässliche Grundlage für eine konstruktive Zusammenarbeit schafft. Wenn es uns gelingt, einen Dialog der politischen Linken in diesem Land zu initiieren, in dem Unterschiede nicht relativiert und Gemeinsamkeiten nicht verschwiegen werden, wird der Politikwechsel 2017 gelingen!